

Am Beispiel der Wirtschaftswissenschaft Öffentliche Wirtschaft / Sozialdemokratie?



Holzsznitzerei aus Afrika, Detail aus einem Bapende-Stuhl

Brigitte Unger

Vertretung von Kapitalinteressen

Am Beispiel der Wirtschaftswissenschaft (3)

Da in Österreich das Auftreten von Ökonom/innen durch Institutionen geregelt wird, ist relativ leicht jemand auszuschließen, der die offiziös verordnete Meinung nicht vertritt.

Warum haben die Wirtschaftswissenschaften das Rad immer wieder neu zu erfinden?

Dieses Problem teilen sie nicht nur mit den Sozialwissenschaften, sondern auch mit den Historikern. Mitte Mai 2000 fand in Wien ein Historikerkongress statt, auf dem die Frage aufgeworfen wurde, warum wir aus der Geschichte nichts lernen? Warum ist die Geschichte ein Pendel? Warum können wir nicht auf Früherem aufbauen? Warum gibt es nicht Ursache und Wirkung und eine klare logische Verkettung der Geschichte?

Die Teilnehmer/innen an diesem Kongress kamen zu dem Ergebnis, dass wir eigentlich von den Ureinwohnern Hawaiis zu lernen hätten, die sich sagen, die Vergangenheit liegt vor uns. Gesellschaft, Wirtschaft und Sozialwissenschaften funktionieren wie ein Pendel, auch die Politik, und im Augenblick schlägt das Pendel in Richtung Neoliberalismus zurück.

In der Wirtschaftswissenschaft gibt es im Bereich der Akademia derzeit einen wahren Glaubenskrieg. Seit der Mikrofundierung der Ökonomie und ihrer Mathematisierung trat eine Entwicklung ein, durch die Ökonom/innen überflüssig geworden sind. Sie wurden als wirtschaftspolitische Berater/innen entbehrlich, weil sie nicht mehr verständlich sind.

Bruno Frey, ein immerhin etablierter Ökonom, hat vor einigen Monaten in der Zeitschrift *Kyklos* eine empirische Studie über die Tätigkeiten von Ökonom/innen veröffentlicht, aus der hervorging, dass immer weniger Wirtschaftsberatungsposten mit Ökonom/innen besetzt werden.

Die politischen Berater eines *Tony Blair* sind keine mathematischen Ökonomen, sondern Politikwissenschaftler. *Gerhard Schröder* wird durch den Politologen *Fritz Scharpf* beraten. Die Ökonom/in-

n/en sitzen in Häusern, in denen sie sich selbst schützen und an ihrer eigenen Mainstream-Ökonomie basteln. In diesem Sinne machen sie sich aber auch langsam überflüssig.

Die *Europäische Universität* in Florenz in ihrem *Economic Departement* hat die letzten zehn Jahre die gesamte europäische Integration verschlafen. Während dort die Politolog/innen über Osterweiterung, über den Euro, über Währungsintegration und ähnliche Themen gearbeitet haben, haben sich die Ökonom/innen über optimale Preise auf monopolistischen Märkten den Kopf zerbrochen. Das hätten sie irgendwann irgendwo in der Welt machen können, dafür hätten sie nicht zu einem der spannendsten Zeitpunkte europäischer Integration an einer *Europäischen Universität* sitzen müssen.

Es kommt zu einer Spaltung der Ökonomie. Die Mainstream-Ökonomie hält sich zwar noch auf ihrem Sessel, aber der wackelt, weil sie eigentlich keine wirkliche Funktion mehr hat. Sie hat eigentlich nicht einmal mehr die Funktion, Kapitalinteressen zu wahren.

„Wieso wurden aus Ökonomen, die früher für Gemeinwirtschaft und den Einfluss der demokratisch legitimierten Öffentlichkeit auf die Wirtschaft eintraten, wissenschaftliche Handlanger für die Beförderung von Kapitalinteressen?“, heißt es in der Einladung zu dieser Veranstaltung.

Ökonom/innen waren immer Handlanger von Kapitalinteressen, zumindest, seit sie in die Universitäten eingezogen sind. *Joan Robinson* hat gezeigt, dass die Ökonomie mit der Entstehung der Neoklassik in die Universitäten eingezogen ist, die postuliert hat, dass alle gleich und frei sind und es keinen Konflikt gibt. Nach ihrer Behauptung sind alle nicht nur gleichberechtigt, sondern vor allem gerecht entlohnt. Demgemäß verdient jeder das, was ihm auch zusteht.

Das war eigentlich ein Zudecken der revolutionären Bestrebungen dieser Zeit der Massenunruhen und der Klassenkämpfe in Richtung einer Gleich-



Seit der Neoklassik vertritt die Wirtschaftswissenschaft Kapitalinteressen

heitsideologie. Damals hat die Ökonomie bereits die wichtige Funktion gehabt, Kapitalinteressen zu vertreten und nicht das Mehrheitsinteresse.

Ist *John Maynard Keynes* in seiner Entwicklung eine Ausnahme gewesen? *Keynes* war sicherlich liberaler als ein Neoliberaler, aber im Grunde hat die *keynesianische* Theorie auch immer dem Kapitalinteresse geholfen. Sie hat zwar auch auf die Arbeitnehmer/innen Rücksicht genommen, aber dem Kapitalinteresse zumindest nie geschadet.

Dem Kapital nicht schaden

Andere Gruppierungen, etwa *Marxisten*, die vielleicht irgendwo existieren könnten, hatten niemals eine tragende Rolle in der akademischen Karriere. Sie durften nur irgendwo koexistieren. Von den Ökonom/inn/en, die zu Ehre, Anstand und Ruf gekommen sind, sind das immer nur solche gewesen, die dem Kapitalinteresse entweder gedient oder zumindest nicht geschadet haben. Das ist ein Selbstverständnis der Universitäten, dass die Ökonomie dem Kapital nicht schaden darf.

Die Ökonomie ist eine multiparadigmatische Wissenschaft, aber warum gibt es in der Wirtschaftspolitik in Österreich immer nur eine Meinung? Warum gab es unter den Ökonom/inn/en nur eine Pro-Euro-Meinung, eine Pro-EU-Meinung, warum wollte und will niemand auf einem größeren Podium Kontraargumente gegen die beabsichtigte Wirtschaftspolitik formulieren? Warum ist in Österreich die ökonomische Lehrmeinung immer mit der durch die jeweilige Regierung praktizierten Politik identisch?

Das hat sicherlich mit der von mir ansonsten hoch geschätzten Sozialpartnerschaft zu tun, die in diesem Punkt aber für das Intellektuelle nicht sehr förderlich war. Wenn es wirtschaftspolitische Meinungen gegeben hat, auf die sich die Sozialpartner geeinigt haben, dann haben die Ökonom/inn/en, die in deren Gremien als Berater gesessen sind, diese Meinung auch nach außen vertreten. Wenn jemand eine andere

Meinung gehabt hat, dann wurde er stillgelegt oder er hat sich mit der Zeit doch angepasst. In der Öffentlichkeit hat man über die letzten fünfundvierzig Jahre immer nur eine Meinung gehört.

Aufgefallen ist mir das nach der Rückkehr von einem zweijährigen Auslandsaufenthalt in der Frage der EU. Gegen die EU aufgetreten sind der Ökonom *Kurt W. Rothschild*, der schon in Pension und zu anerkannt war, um gegen ihn etwas zu unternehmen, *Erwin Weissel* und ansonsten nur wenige andere so wie ich als Naivling, die nicht gesehen hat, dass alle ihre Freunde mittlerweile auf die pro-EU-Linie umgekippt sind, obwohl sie vor dem Jahr 1988 noch gegen die EU argumentiert haben.

Wie ist es möglich, dass Ökonom/inn/en binnen zwei Jahren ihre Meinung von „Budgetdefizit ist gut“ zu „Budgetdefizit ist pfui“ wechseln? Ich glaube, dass es sehr schwierig ist, in einem kleinen Land zu existieren, wenn eine abweichende Meinung sehr massiv sanktioniert werden kann. Dadurch, dass in Österreich das Auftreten der Ökonom/inn/en institutionalisiert ist, also durch Institutionen entschieden wird, wo wann und wer eingeladen wird und reden kann, ist es relativ leicht, jemanden auszuschließen, der die offiziös verordnete Meinung nicht vertritt. Die Frage des EU-Beitritts war so ein Beispiel. *Erwin Weissel* schrieb sein Buch *Der große EUphemismus*, um unter anderem auch dieses Problem aufzuzeigen.

Als Expertin über *Neoliberalismus* wurde ich vor einiger Zeit in einen Beirat im Sozialministerium zum Thema *Entwicklung der österreichischen Wirtschaftspolitik von 1970 bis heute* eingeladen. Naiv,

wie ich bin, habe ich meinen Beitrag *Vom Austrokeynesianismus zum Austro-Neoliberalismus* betitelt. Daraufhin wurde ich dort sanktioniert. Ich konnte mir nicht vorstellen, dass irgendjemand der Meinung ist, dass wir in Österreich keinen Neoliberalismus haben. Das gesamte Sozialministerium, wohl gemerkt unter einer SPÖ-ÖVP-Koalition, war damals überzeugt, dass es in Österreich keinen Neoliberalismus gibt, weil eine SPÖ doch keine neoliberale Politik machen würde.



Das Beigetreten-Werden zur EU bewirkte vorseilenden Meinungskonformismus

Meinungsänderung

In meiner Analyse des österreichischen wirtschaftspolitischen Diskurses von 1950 bis zur Gegenwart habe ich danach gesucht, wann jeweils große politische Meinungsänderungen eingetreten sind. Wann sind zum Beispiel typisch neoliberale Vokabeln in diesem Diskurs aufgetaucht? Wann war vom *schlanken Staat*, von *Privatisierung* und *Deregulierung*, *Budgetkonsolidierung*, *Sozialleistungen nur für jene, die sie wirklich brauchen*, *Bildungsausgaben sind zu kürzen*, *Löhne und Preise müssen flexibel sein*, *Inflationsrate muss niedrig*, *Budget ausgeglichen sein* und ähnlichem die Rede? Diese Formulierungen hören wir heute jeden Tag und sie sind schon so selbstverständlich, dass niemand mehr daran Anstoß nimmt.

Im internationalen Vergleich fiel dazu folgendes auf: In Österreich

- brach dieser Neoliberalismus etwa zehn Jahre später ein und
- die Veränderungen traten hier weniger massiv und schnell beziehungsweise sprunghaft auf als in anderen Ländern. Das unterscheidet den österreichischen Weg zum Neoliberalismus von dem anderer Länder, aber wir kommen doch auch dorthin, wo die anderen schon sind.

Im Jahre 1973 hat Österreich nach dem ersten Ölpreisschock zum ersten Mal zwei Konjunkturüberschreitungsgesetze gemacht, um ein Budgetdefizit einzugehen. Damals waren wir bereits Nachzügler zu einer Zeit, wo andere Länder schon

längst *keynesianische* Wirtschaftspolitik gemacht haben, also Budgetdefizite hatten. Beim zweiten Ölpreisschock im Jahr 1979 wurde wieder ein Budgetdefizit versucht, aber das Durchtauchen ging diesmal nicht mehr so leicht wie nach dem ersten Ölpreisschock, weil es durch die im Gang befindliche Internationalisierung der Wirtschaft und die Hochzinspolitik der USA viel schwieriger war, die Kapitalströme zu kontrollieren. Die österreichische Notenbank hatte schlagartig ein Drittel ihrer Devisenreserven verloren.

Dieser Schock dürfte den österreichischen Wirtschaftspolitikern zum ersten Mal bewusst gemacht haben, dass wir nicht jene *Insel der Seligen* sind, für die wir immer gehalten wurden. Damals wurde bewusst, dass das Ausland, und vor allem die Devisenmärkte, Österreich sanktionieren, wenn es eine andere Wirtschaftspolitik betreibt. Von da weg ging es sukzessive weiter. Der damalige Bundeskanzler *Fred Sinowatz* verkündete im Jahr 1985 offiziell das Ende des Austro-Keynesianismus, indem er ihn als eine Politik des Durchtauchens erklärte, die langfristig nicht durchzuhalten ist. Von da weg kam die antikeynesianische Langfrist-Perspektive in die Wirtschaftspolitik, was vorher nicht der Fall war. Doch langfristig sind wir alle tot, hatte *Keynes* gemeint.

Im Jahr 1986 trat *Franz Vranitzky* an die Spitze der SPÖ und der Bundesregierung, und von da weg herrschten die Themen *Privatisierung* beziehungsweise die Darstellung der *Verstaatlichten als Debakel und als Spekulationshölle* vor. Doch hat die Verstaatlichte nichts anderes gemacht als jedes andere Großunternehmen auch, nämlich sich durch Hedging vor Verlusten abgesichert. Daher



Sozialpartnerschaft begünstigte Meinungskonformismus unter Wissenschaftlern

ist das, was der Verstaatlichten passiert ist, jedem größeren Privatunternehmen ebenso passiert.

Nach dem Aufgeben der Verstaatlichten im Jahre 1986 erfolgte 1987 die Liberalisierung der Kapitalmärkte, 1988 Sparförderung, Körperschaftssteuer senken, Betonung eines unhinterfragten Effizienzbegriffs statt der Verteilung und ähnliches. Das zieht sich bis in die neunziger Jahre mit dem EU-Beitritt hin. Durch den Beitritt sind wir nicht mehr selbst für unsere Wirtschaftspolitik verantwortlich, wir müssen neoliberal sein, weil sich das in der EU so gehört.

Es geht um eine Neubestimmung des vielbemühten österreichischen Wegs, der sich als Weg eines Nachzüglers entpuppt hat.

Die Niederländer zum Beispiel haben inzwischen einen Budgetüberschuss, weil das aber positiv klingt, muss es „negatives Budgetdefizit“ genannt werden, damit ja nicht der Eindruck entsteht, der Staat könnte dort etwas ausgeben. In den Niederlanden gab es viel radikalere Veränderungen. Dort ist schon vor längerem der sozialpartnerschaftliche Kompromiss zusammengebrochen, es gab Streiks und soziale Auseinandersetzungen, Budgetdefizite von fünf, ja von neun Prozent des Bruttoinlandsprodukts waren die Folge. Erst dann haben sich die Sozialpartner gezwungen gesehen, sich wieder zusammenzusetzen und den Vertrag von Wassenaar geschlossen, der neue Kompromisse und Budget/einsparungen ermöglichte.

In vielen Ländern, wo sozialpartnerschaftliche Arrangements zusammengebrochen sind, wurden sie nach schmerzvollen Erfahrungen wieder eingesetzt.

Dass man mit neoliberalen Praktiken das Kapitalinteresse längerfristig nicht sichern kann, ist evident. Das Kapital braucht den Kompromiss mit den Arbeitnehmer/innen, wenn es stabile und ruhige Verhältnisse haben will. Und da Österreich bisher immer ein Nachzügler war, wäre zu hoffen, dass es diesen Lernprozess, den andere schon gemacht haben oder gerade zu machen dabei sind, überspringen kann.

Im Augenblick sieht es allerdings nicht so aus. Die Sozialpartnerschaft wird ganz klar

demontiert, und zwar nicht nur die Arbeitnehmer/innenseite, sondern auch der Wirtschaftskammer wird am Zeug zu flicken versucht. Wir können nur hoffen, dass uns Nachzügler die Entdeckung der Langsamkeit den Vorteil bringt, dass wir die großen Fluktuationen der anderen Länder überspringen können.

Überarbeitete Fassung eines Vortrags am 6. Juni 2000 im Institut für Wissenschaft und Kunst

Woher?

Woher
nimmst Du
die Kraft,
immer wieder Lügen
mit Wahrheit zu widerlegen,
Unrecht anzuprangern,
Recht zu begehren?

Woher
nimmst Du den Glauben,
daß Güte
Gewalt,
Freude
Qualen überdauert,
daß Liebe
Haß überwindet
und Geist
über Dummheit
sich erhebt?

Woher
nimmst Du die Stärke,
eine bessere,
eine glückliche Welt
zu verkünden?
Woher?

Sepp Tessar